

TZ 3.11.2021

Konzept für Bürgerstiftung beschlossen

WEILROD SPD und FWG hoffen auf Banken und Erbschaften

In Schmitten gibt es bereits seit Jahren eine gut funktionierende Bürgerstiftung. Weilrod soll nun auch eine bekommen. Mit den Stimmen von SPD und FWG hat sich die Gemeindevertretung in ihrer vorletzten Sitzung des Jahres auf der Grundlage eines von der SPD eingebrachten Antrages darauf verständigt, den Gemeindevorstand mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine solche Stiftung zu beauftragen.

Der Vorstand soll dabei auch mit der Taunus Sparkasse in Kontakt treten, um zu klären, inwieweit das Geldinstitut Hilfestellung bei der Gründung und Verwaltung einer solchen Bürgerstiftung geben kann. Das Ergebnis soll dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden.

Engagement stärken

Dr. Stephan Wetzels (SPD) hatte den Antrag seiner Fraktion unter anderem damit begründet, dass solche Stiftungen, wie man in Schmitten seit Jahren beobachten könne, das ehrenamtliche Engagement der Bürger stärken können.

Die SPD habe bereits vor zehn Jahren die Gründung einer Bür-

gerstiftung in Weilrod gefordert, damals aber keine Mehrheit dafür gefunden, weshalb man nun einen zweiten Versuch starten wolle. Für die Umsetzung brauche es nicht nur Geld, sondern auch einen langen Atem, denn gefördert werden könnten unterstützungswürdige Projekte nur, wenn dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, sagte Wetzels, der auf Spenden hoffe, aber auch darauf, dass es vielleicht auch in Weilrod alleinstehende Menschen gibt, die für den Fall ihres Ablebens ihr Vermögen der Gemeinde vererben oder bereits zu Lebzeiten Schenkungen einrichten.

Leuchtendes Beispiel für solches Mäzenatentum sei Waldsolms, wo die Gemeinde eine Erbschaft von 6,2 Millionen Euro gemacht habe.

Bei der FWG rannte die SPD mit ihrem Antrag offene Türen ein. Matthias Rumpf sagte, der Antrag sei „absolut in Ordnung“ und komme auch zur rechten Zeit. Auch er hoffe auf entsprechende Zuwendungen aus der Bürgerschaft. Allerdings müsse der Stiftungszweck noch genau definiert werden. Die Taunus Sparkasse könne dabei und bei der Gründung der Stiftung durchaus Hilfestellung leisten, sagte

Rumpf. Bei der CDU standen die Türen nicht so weit offen. Es gebe noch viele Punkte, die es vor einem solchen Grundsatzbeschluss zu klären gelte, sagte Elke Dielmann-Bargon. Auch gebe es noch kein Startkapital, und die Sparkasse mache das ja auch bestimmt nicht umsonst. Dielmann-Bargon forderte zunächst die Beiladung eines Fachmanns für Stiftungen in den Haupt- und Finanzausschuss.

CDU sieht keinen Anlass für Eile

Armin Ott (CDU) sah ebenfalls keine Eile. Man sei nun so lange ohne Stiftung ausgekommen, dass aus Sicht der Union nun keine besondere Hast nötig sei. Die Entscheider müssten, bevor sie ihre Zustimmung zu einer solchen Bürgerstiftung geben, wissen, wofür sie sich entscheiden. Fachlich fundierte Informationen seien im Vorfeld also unverzichtbar, sagte Ott. Dass Wetzels, wie er erklärt hatte, bereits klare Vorstellungen habe, reiche der CDU nicht.

Die CDU-Fraktion lehnte den Antrag ab, ebenso wie die Grünen, die dazu jedoch keine Stellungnahme abgegeben hatten. as